



Amt der Vorarlberger Landesregierung

Zahl: PrsG-602.00

Bregenz, am 22.12.2010

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und
Jugend
Stubenring 1
1011 Wien
SMTP: post@c21.bmwfj.gv.at

Auskunft:
[Dr. Raimund Fend](#)
Tel: +43(0)5574/511-20218

Betreff: [Bundesgesetz, mit dem das Außenhandelsgesetz 2011 erlassen wird;
Entwurf, Stellungnahme](#)
Bezug: [Schreiben vom 17.11.2010, BMWFJ-21.020/0037/-C2/1/2010](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf wird wie folgt Stellung genommen:

Der vorliegende Entwurf des AußHG 2011 setzt einerseits die Richtlinie 2009/43/EG betreffend die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern um, sieht Begleitvorschriften zur neuen EU- Dual-Use-Verordnung (EG) Nr. 428/2009 sowie Änderungen bei den Genehmigungskriterien unter Bezugnahme auf den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP vor. Er geht aber in einigen Bereichen über zwingende EU-Vorgaben hinaus, bringt Verschärfungen und neue Kontroll- und Genehmigungsregelungen, die unter Bedachtnahme auf den Regelungszweck nicht notwendig erscheinen und für die österreichischen Wirtschaft im Verhältnis zu europäischen Mitbewerbern nachteilig sein könnten. Es wird diesbezüglich auf die Stellungnahme der Österreichischen Wirtschaftskammer, die bereits in die Verhandlungen über Vorentwürfe zu diesem Gesetz eingebunden war, verwiesen.

Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesrat

Mag. Siegi Stemer

